

Zürich, 23. November 2009



Die SP freut sich über die Handlungsleitlinien des Stadtrats in der Wohnbaupolitik – jedoch sind noch weitere Schritte notwendig

Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich hat die vom Stadtrat heute präsentierten Handlungsleitlinien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, da diese langjährige Forderungen der SP aufnehmen. Um in der Stadt jedoch genügend bezahlbaren Wohnraum zu garantieren, braucht es noch weitere Schritte, insbesondere die Erhöhung des Marktanteils der nichtgewinnorientierten Wohnbauträger und die Verankerung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Gemeindeordnung mit einem Mindestmarktanteil von einem Drittel, wie die SP dies in ihrer Initiative „Wohnen für alle“ fordert.

Besonders erfreut ist die SP der Stadt Zürich darüber, dass die Stadt Zürich

- mit der Förderung gemeinnütziger Wohnungen auch in besser gestellten Quartieren für die soziale Durchmischung sorgt
- sich in Verhandlungen mit grösseren Grundeigentümern über Sonderbauvorschriften oder Gestaltungsplanverfahren für nicht gewinnorientierte Wohnungen einsetzt.

Jedoch wehrt sich die SP grundsätzlich gegen die Absicht der Stadt Liegenschaften innerhalb der Stadtgrenzen zu verkaufen und wird sich dafür einsetzen, dass der Anteil an Land in Stadtbesitz weiter steigt.

Die Handlungsleitlinien des Stadtrats werden die Wohnsituation in Zürich sicher verbessern. Die SP Stadt Zürich setzte durch die am 29. Oktober lancierte Initiative "Wohnen für alle!" aber weiterreichende Ziele. Durch die gesetzliche Verankerung des gemeinnützigen Wohnungsbaus soll dessen Anteil in der Stadt auf mindestens 33% erhöht werden. Zur Umsetzung der Initiativziele reichte die SP bereits vor den Sommerferien dringliche Vorstösse ein, die am 25. 11. 2009 im Gemeinderat debattiert und überwiesen werden. In vier Motionen und einem Postulat werden folgende Eckpfeiler gesetzt:

- Herstellen der Markt- und Expansionsfähigkeit der Stiftung zum Erhalt von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum (PWG) durch Abschreibungsbeiträge in Höhe von 70 Millionen. Dies ist der noch nicht aufgebrauchte Restbetrag der genau zu diesem Zweck 1990 von der Stimmbevölkerung in Zürich bewilligten Abschreibungsbeiträge in Höhe von 100 Millionen Franken.
- Stärkung der Wohnbau-Genossenschaften und Sicherung im Bestand bei Ablauf der Baurechte, sowie Sicherung gegen buchhalterische Aufwertung.



- Förderung des selbstbewohnten Eigentums: Gründung und Finanzierung einer Anlaufstelle bei der PWG für kaufwillige MieterInnen, die finanziell (Teil- oder Vollfinanzierung) und mit Knowhow unterstützt werden.
- Erste Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbestandes.

Weitere Auskünfte:

- Jacqueline Badran, Gemeinderätin SP 7
076 324 68 67
- André Odermatt, Gemeinderat SP 7
079 285 41 29